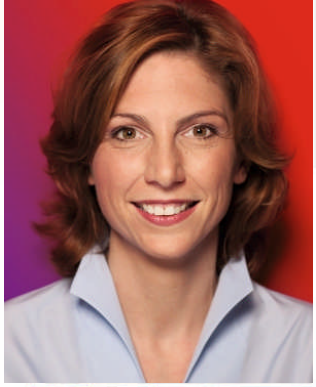

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Ostern steht vor der Tür und der Frühling gibt nochmal richtig Gas! Eigentlich stehen die Zeichen alle auf Entspannung und Erholung!
Ganz anders sieht es jedoch in der Ukraine aus- von Entspannung kann keine Rede sein. Die Lage ist sehr ernst und wir sind sehr besorgt über die Situation. Die Hoffnung, dass diplomatisch politisch eine Lösung gefunden wird, ist jedoch nach wie vor da! Das muss sie auch sein!
Keineswegs entspannend war auch die Diskussion in Facebook über meinen Gastbeitrag in der ZEIT, der sich gegen die Cannabislegalisierung, jedoch FÜR Cannabis als Medizin einsetzt. Was ich darauf von den "Hanffreunden" für Reaktionen bekommen habe, macht mich sprachlos: Beleidigungen und Verleumdung bis zu Falschdarstellung waren das Harmloseste... Morddrohungen und Aufforderungen zum Suizid waren da schon heftiger.
Da sag nochmal einer, dass regelmäßiger Cannabiskonsum entspannt und friedfertig macht.
Also: friedliche & fröhliche Ostern
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Grüne Gentechnik – Die Widerstände sind groß!

Am Beispiel des Genmais wurde es schon lange diskutiert. Sollen gentechnisch veränderte Pflanzen bei uns zugelassen werden? Die Bevölkerung ist mehrheitlich dagegen.
Im Bundesrat wurde jetzt das nationale Anbauverbot für gentechnisch veränderten Pflanzen beraten und eine Entschließung zum Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsstaaten beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf den Weg gebracht.
Unsere Bundestagsfraktion begrüßt das, da wir die Vorbehalte der Bevölkerung gegen die grüne Gentechnik anerkennen.
Damit haben sich die Bundesländer mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, das Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen im eigenen Land zu erleichtern. Basis ist ein Vorschlag des Europäischen Parlaments von 2011 die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zum sogenannten „opt-out“ einfacher zu machen.
Das ist ein klarer Verhandlungsauftrag an die Bundesregierung. Gleichzeitig hat der Bundesrat deutliche Bedenken geäußert im Hinblick auf den aktuell auf EU-Ebene diskutierten Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft zur konkreten Ausgestaltung der „opt-out“-Regelung. Dieser Vorschlag macht eine Konsultation der Pflanzenhersteller zur Voraussetzung für nationale Anbauverbote. Dadurch wird der Einfluss von Unternehmen deutlich ausgeweitet.
Der Vorschlag des Europaparlaments dagegen stärkt die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten. So sollen sie zum Beispiel auch wegen volkswirtschaftlicher Folgekosten, lokaler Umweltrisiken und wissenschaftlicher Unsicherheiten den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im eigenen Land verbieten können.
Wir unterstützen diesen Vorschlag, denn wir erkennen die Vorbehalte der Bevölkerung gegen die grüne Gentechnik an.

Finanzen

Bankenunion – Steuerzahler nicht mehr belasten!

Mit den Beschlüssen des Europäischen Parlaments gehen wir einen großen Schritt vorwärts auf dem Weg zur Vervollständigung der Bankenunion. Wir können die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament nur beglückwünschen, denn vor allem mit der Einigung zum Bankenabwicklungsmechanismus wurden wichtige Verbesserungen gegenüber dem Vorschlag der Finanzminister aus dem Dezember erreicht.
Das Verfahren, nach dem über die Abwicklung einer Bank entschieden wird, wurde effizienter gestaltet und die Rolle der Europäischen Aufsichts- und Abwicklungsinstitutionen gestärkt. Außerdem wurde erreicht, dass der Abwicklungsfonds, der über eine Abgabe von den Banken zu füllen ist, schneller aufgebaut wird.
Dies war uns besonders wichtig: Wir wollen, dass endlich nicht mehr die Steuerzahler für das Scheitern von Banken gerade stehen müssen. Unsere Bundestagsfraktion hat sich frühzeitig und auch während der Koalitionsverhandlungen für eine striktere Gläubigerbeteiligung und damit den Schutz der Interessen der Steuerzahler eingesetzt.
Allerdings bleibt eine wichtige Frage für die Funktionsfähigkeit des gemeinsamen europäischen Abwicklungsmechanismus noch offen, die genaue Ausgestaltung der Bankenabgabe. Dazu ist die Kommission jetzt aufgerufen, rasch einen Vorschlag zu machen. Die Bankenabgabe muss sich am Risiko, das von einer Bank ausgeht, bemessen.
Wichtig ist, dass die Abgabe in allen Mitgliedstaaten einheitlich erhoben wird, damit die Banken auch tatsächlich in den Fonds einzahlen. Deshalb darf die Abgabe auch nicht von der Steuerschuld abzugsfähig sein, weil sonst die Steuerzahler durch die Hintertür den Aufbau des Fonds mit bezahlen. Einer Ratifizierung des Verhandlungsergebnisses im Deutschen Bundestag können wir daher erst zustimmen, wenn die Details zur Ausgestaltung der Bankenabgabe

vorliegen. Die Bankenunion ist die weitreichendste Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Ebene seit der Einführung des Euro. Mit der Einigung sind wir ein gutes Stück weiter, aber noch nicht am Ziel.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass künftig die Banken und ihre Eigentümer und Gläubiger für ihre Geschäfte haften und nicht mehr der Steuerzahler.

Umwelt

Weltklima – Ziele zu setzen reicht allein nicht aus!

Der Weltklimarat IPCC verabschiedete in Berlin den dritten Teilbericht des neuen Sachstandberichts zum Klimawandel. Die Sachstandsberichte des Weltklimarates fassen den wissenschaftlichen Erkenntnisstand der Klimaforschung zusammen. Der in Berlin diskutierte Teilbericht zeigt politische und technologische Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels auf. Beim Klimaschutz ist Deutschland nach vier Jahren des Stillstands wieder im Spiel. Deshalb passt es gut, dass die Vorstellung des neuen Teilberichts des Weltklimarates gerade in Deutschland stattfindet. Die Veröffentlichung in Berlin kommt zusammen mit einer neuen Ernsthaftigkeit der deutschen Klimapolitik, die auch auf Europa ausstrahlen wird. Der Bericht zeigt wie weitreichend die politischen Antworten auf die Menschheitsherausforderung sein müssen. Entscheidend für die internationale Klimapolitik wird der Ban Ki-Moon Gipfel im September sein. Die EU muss bis dahin Ziele auf den Tisch legen. Ambitionierte Ziele zu setzen reicht jedoch nicht aus. Die letzten Jahre deutscher Klimaschutzpolitik haben ein dramatisches Umsetzungsdefizit offenbart. Deshalb kann Deutschland mit einem langfristigen Klimaschutzplan mit gesetzgeberischen Elementen auch hier neue Impulse setzen. Das nationale 40 Prozent Ziel muss erreicht werden.

Verkehr

Elektroautos – Tanken soll überall möglich werden!

Das Europaparlament verabschiedete jetzt die Richtlinie für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Wenn im Juni der Rat noch seine Zustimmung gegeben hat, ist der Weg frei, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Nachdem sich die Länder der EU im vergangenen Jahr auf einen europaweit genormten Stecker für Elektrofahrzeuge geeinigt hatten, könnten Fahrzeugführende zukünftig an jeder Ladesäule ohne lästige Adapter Strom tanken – wenn es ausreichend Ladestationen geben würde.
Die Fahrzeugindustrie bietet bereits eine breite Palette von leistungsstarken Fahrzeugen mit alternativen Antrieben mit und ohne Elektromotor an.
Im Komfort stehen diese Modelle den herkömmlichen Benzin- und Dieselmotoren in nichts nach. Die mangelnde Akzeptanz liegt jetzt hauptsächlich an der fehlenden Sicherheit, die Autos überall in Deutschland und auch im Urlaub europaweit betanken zu können.
Der Straßenverkehr ist ein bedeutender Verursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Ohne einen Wandel zu emissionsärmeren Fahrzeugen und Antrieben wie Gas und Strom kann der Klimawandel nicht gelingen. Jetzt kann der Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe nach europaweit gültigen Standards zügig vorangetrieben werden.

Nachdem bereits im November 2013 der Verkehrsausschuss des Europaparlaments seine Zustimmung gegeben hatte, hat nun auch das Europaparlament der Richtlinie zugestimmt. Das Ja des Rats im Juni ist nur noch ein formaler Akt.
Der Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ist ein wichtiger Beitrag für einen ressourcenschonenderen Verkehrssektor. Auch Deutschland ist nun angehalten, die Richtlinie bald in nationales Recht umzusetzen.

Wirtschaft

Gute Prognose –Binnennachfrage setzt zentrale Impulse

Die heute veröffentlichte Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsinstitute gibt eine gute Prognose für die deutsche Wirtschaft ab, die deutlich macht, dass die Politik die richtigen Weichen stellt. Für Planungssicherheit, ein solides Wirtschaftswachstum und einem Mindestlohn, der die Binnennachfrage ankurbeln wird.

Die Institute haben ein Wachstum des BIP um 1,9 Prozent für 2014 prognostiziert. Die deutsche Wirtschaft ist robust und international wettbewerbsfähig. Sie befindet sich insgesamt auf einem guten Weg. Das verdanken wir den Unternehmern ebenso, wie einer gut qualifizierten, motivierten Arbeitnehmerschaft.

Aber auch die Politik hat in der Vergangenheit die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen und damit einen nicht unmaßgeblichen Anteil an dieser überaus positiven Entwicklung. Es besteht allerdings kein Anlass, sich zurückzulehnen. Es gilt weiter an einer Verbesserung der Investitions- und Innovationsquote zu arbeiten. Die große Koalition hat hierzu die Weichen für die Zukunft gestellt.

Unsere Bundestagsfraktion teilt jedoch keinesfalls die Auffassung, dass die aktuelle Wirtschaftspolitik diese positive Dynamik ausbremst und wir eine „Interventionsspirale“ in Gang setzen würden. Im Gegenteil: Mit unserer Politik schaffen wir Planungssicherheit für die deutschen Unternehmen. Nur so können die derzeitig zu niedrigen Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft wieder steigen.

Wir begrüßen die Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), die für ein „zu viel“ an Intervention ebenfalls keine Anhaltspunkte sehen.

Insbesondere die Auffassung der anderen Institute zu den Auswirkungen des Mindestlohns ist übertrieben. Betrachtet wurden hier lediglich die angebotsseitigen Auswirkungen und nicht die - viel wichtigere – Nachfrageseite.

Wir sind überzeugt, dass der Mindestlohn und die guten Tarifabschlüsse die Binnennachfrage ankurbeln und so für ein Mehr an Wachstum sorgen werden.

Die Institute teilen schließlich selbst die Auffassung, dass von der Binnennachfrage zentrale Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgehen.

Im Übrigen sorgen wir mit dem Mindestlohn auch dafür, dass die Unternehmen, die ihre Mitarbeiter fair und angemessen entlohnen, nicht weiter mit ihren Steuern die Dumpinglöhne anderer Wettbewerber finanzieren.

Bonbon

„Und zum Schluss: Es ist meine erste Rede. Da gestatten Sie mir, dass ich meiner kleinen Tochter alles Gute zum heutigen Geburtstag wünsche.”

(Johannes Fechner, SPD)

Ich wünsche allen schöne Ferien und ein erholsames Osterfest mit Familie, Freunden oder anderen netten Menschen.

Macht euch ein paar schöne Tage. Wir tun’s auch!